

STUDIEN UND FORSCHUNGEN AUS DEM
NIEDERÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR LANDESKUNDE

Herausgegeben von Elisabeth Loinig

Band 70

**Wien und Niederösterreich –
eine untrennbare Beziehung?**

**Festschrift für Willibald Rosner
zum 65. Geburtstag**

Herausgegeben von
Elisabeth Loinig, Stefan Eminger und Andreas Weigl

Verlag NÖ Institut für Landeskunde
St. Pölten 2017

Einband: Alois Groppenberger, Geometrischer Plan der Straßen in Nieder-Oesterreich 1:288 000,
Wien 1785 (NÖLB)
Grafik: Renate Stockreiter

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
NÖ Institut für Landeskunde
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4

Redaktion: Stefan Eminger, Elisabeth Loinig, Andreas Weigl
Bildredaktion: Werner Berthold, Stefan Eminger
Lektorat: Heidemarie Bachhofer

Hersteller:
Ferdinand Berger und Söhne Ges.m.b.H.,
3580 Horn, Wienerstraße 80

© NÖ Institut für Landeskunde
ISBN 978-3-903127-07-4

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernseh- sendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten.

Der Unterhändler seiner Partei. Zur Rolle der niederösterreichischen Parteiführung der SDAPÖ bei den Verhandlungen mit dem Dollfuß-Regime zwischen März 1933 und Februar 1934 anhand der Aufzeichnungen von Heinrich Schneidmadl

Von *Thomas Lösch*

Ein wenig beleuchteter Abschnitt der österreichischen Zeitgeschichte ist der Zeitraum zwischen der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß am 4. März 1933 und dem Ausbruch des österreichischen Bürgerkrieges am 12. Februar 1934. Die Phase stand im Zeichen zunehmender Repressionen, der Verhaftung von Funktionären und dem Verbot von Teilorganisationen der Sozialdemokratie.¹ Der Zeitabschnitt wurde bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von dem amerikanischen Nationalökonom und Schriftsteller Charles A. Gulick in seinem fünfbandigen Standardwerk „Österreich von Habsburg zu Hitler“ aus dem Jahre 1950 ausführlich beschrieben.² In seinem Vorwort dankt Gulick auch Heinrich Schneidmadl, mit dem er in schriftlicher Korrespondenz gestanden war.³

In diesen elf Monaten, die hier im Mittelpunkt stehen sollen, war das Parlament zwar ausgeschaltet, die Kommunistische Partei seit 31. Mai und die NSDAP seit 20. Juni 1933 verboten,⁴ aber die sozialdemokratischen Mandatare und Mandatarinnen waren weiterhin in Landtagen und Gemeindepardamenten vertreten. In diesem Zeitraum bemühte sich die Führung der Sozialdemokratie geradezu verzweifelt um eine Verständigung mit dem Dollfuß-Regime. Unter Aufgabe vieler eigener Standpunkte versuchte man den Kanzler dazu zu bewegen, das Parlament wieder einzuberufen.

Der folgende Aufsatz ist keine vollständige Bestandsaufnahme dieses Zeitraums; so wird etwa auf die Verhandlungen der Regierung Dollfuß mit Mussolini und den

1) So waren bereits vor der Auflösung der SDAPÖ am 12. Februar 1934 der Republikanische Schutzbund und die Freidenker verboten worden.

2) Der Titel des amerikanischen Originals lautet „Austria from Habsburg to Hitler“, erschienen im Jahre 1948.

3) Charles A. GULICK, Österreich von Habsburg zu Hitler, Bd. 1 (Wien 1950) 9.

4) BGBl Nr. 200/1933, Verordnung der Bundesregierung vom 26. Mai 1933, womit der Kommunistischen Partei jede Betätigung in Österreich verboten wird; BGBl Nr. 240/1933, Verordnung der Bundesregierung vom 19. Juni 1933, womit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) und dem Steirischen Heimatschutz (Führung Kammerhofer) jede Betätigung in Österreich verboten wird.

Nationalsozialisten nicht eingegangen.⁵ Der Text soll vielmehr veranschaulichen, welche Strategie die Sozialdemokratie als zu diesem Zeitpunkt im Nationalrat stärkste Partei zur Wiedererlangung demokratischer Verhältnisse in der Republik verfolgt hat.

Heinrich Schneidmadl war einer der Kronzeugen dieser Bemühungen. Er hat die damaligen Abläufe in seinen Erinnerungen ausführlich dokumentiert; zuerst als Typoskript unter dem Titel „Der Weg zur Katastrophe – ein Beitrag zur Geschichte des 12. Februar 1934“ im Februar 1959.⁶ In leicht redigierter und gekürzter Form erschienen sie 1964 unter dem Titel „Über Dollfuß zu Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des 12. Februar 1934“ im Verlag Wiener Volksbuchhandlung. In weiterer Folge werde ich mich bei Schneidmadls Erinnerungen auf das von ihm gefertigte Typoskript beziehen.



Abbildung 1: Heinrich Schneidmadl, ca. Ende der 1920er Jahre (aus: Das Bundesland Niederösterreich 1920–1930 [Wien 1930] 21).

Zur Person Heinrich Schneidmadls

Heinrich Schneidmadl wurde am 20. Februar 1886 im niederösterreichischen Gutenstein als Sohn einer Müllerfamilie geboren.⁷ Er wuchs in Pöggstall auf, wo sein Vater 1890 eine Mühle erwarb, und erlernte dort auch den Beruf des Buchdruckers. Im Jahre 1904 siedelte er sich in St. Pölten an und begann in der dortigen Druckerei des Katholischen Preßvereins zu arbeiten. Über den St. Pöltner Klub der Buchdrucker fand Schneidmadl seinen Weg zur Sozialdemokratie. Bereits am 26. Oktober 1904 wurde er zum Schriftführer der Wahlkreisorganisation Viertel

⁵) Siehe dazu etwa Kurt BAUER, Strikt nein zu sagen, halte ich nicht für gut. Über Dollfuß' Versuche mit den Nationalsozialisten ins Geschäft zu kommen. In: Das jüdische Echo (Oktober 2006) 85–94, online: http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF_Texte%20&%20Themen/Strikt_nein_zu_sagen.pdf (18.9.2017); „Der Führer bin ich selbst“. Engelbert Dollfuß – Benito Mussolini, Briefwechsel. Hrsg. Wolfgang MADERTHANER u. Michaela MAIER (Wien 2004).

⁶) Ein mit der Unterschrift des Autors versehenes Exemplar befindet sich in den Beständen des Stadtarchivs St. Pölten.

⁷) Zu den biographischen Daten siehe: http://www.landtag-noe.at/images/personen_ausschuesse/1921.pdf (15.8.2017); Siegfried NASKO, Politikerleben in einer Ära der Umbrüche – Heinrich Schneidmadl. In: Wagramer Aktivwochen. Wagram vom Mühlendorf zum bevorzugten Wohnstadtteil St. Pöltens (St. Pölten [o.J.]) 42–49.

Die
REVOLUTION

ist auf halbem Wege stecken geblieben, denn die gekrönten Häupter sind zwar gestürzt, aber die Herrscher der Großfinanz sind noch nicht entthront. Mit den liberalen Wirtschaftsformen des Kapitalismus, bei denen sich hinter der Freiheit die ärgste Sklaverei verbirgt, muß gebrochen werden. Für die arbeitenden Massen gibt es aber keinen anderen Weg aus der Hölle des Kapitalismus als die Straße, die zum nationalen Sozialismus führt, weil es einen internationalen Sozialismus wohl in der Theorie, aber nicht in der Praxis gibt. (Lehrreiches Beispiel siehe die Boykottblamage, Friedens-, Generalstreik usw.) Die Völker sind nicht alle für den Sozialismus gleich reif. Sollen die fortgeschrittensten Völker warten, bis der letzte Huzule und Kongoneger für den Sozialismus reif sein werden?

Ein Staat muß allen Völkern mit der Verwirklichung des Sozialismus vorangehen, und dieser Staat wird das neue Deutschland, der große sozialistische alldutsche Freistaat sein!

Darüber, wie die von den Juden begonnene und nach Erreichung ihrer Ziele verratene Revolution in deutschem Geiste fortgesetzt und beendet werden kann, werden

Mittwoch, 6. Oktober, ½8 Uhr abends

im Stadtsaale zu St. Pölten

in einer öffentlichen Vereins-

VERSAMMLUNG

Adolf Hitler, München und **Walter Gattermayer, Wien**

der Führer der nationalsozialistischen Partei im Deutschen Reich

Vorsitzender des Reichverbandes der nationalen Gewerkschaften Österreichs

sprechen.

Parteigenossen, Hand- und Kopfarbeiter, Kleingewerbetreibende und Ihr alle, die Ihr vom Ertrage Eurer Arbeit lebt, kommt in die Versammlung!

Die Ortsorganisation St. Pölten der nationalsozialistischen Partei

Da wir weder über Arbeitern abgenommene Erpressungsbeiträge, noch über Juden- oder Klöstergelder verfügen, bitten wir alle Gesinnungsgenossen, zur Deckung der Versammlungskosten eine kleine Spende zu leisten.

Juden und sonstige Nichtdeutsche werden gebeten, der Versammlung fernzubleiben.

Abbildung 2: Plakat zum Besuch Adolf Hitlers am 6. Oktober 1920 in St. Pölten (StA St. Pölten).

ober dem Wienerwald gewählt.⁸ Ab 1906 arbeitete er bei der St. Pöltner Bezirkskrankenkasse und stieg zum Vorsitzenden der Kreisorganisation auf.

Im Ersten Weltkrieg zum Militärdienst eingezogen, begann in der neu gegründeten Ersten Republik sein politischer Aufstieg. Neben Ämtern auf kommunaler Ebene in St. Pölten und in der damals noch selbstständigen Gemeinde Stattersdorf saß Schneidmadl von 1919 bis 1927 im Nationalrat und ab 1927 bis zu seiner Verhaftung im Februar 1934 in der niederösterreichischen Landesregierung. Nach dem „Anschluss“ 1938 sprach sich Schneidmadl öffentlich für die Angliederung Österreichs an NS-Deutschland aus und arbeitete als Versicherungsvertreter. Nach dem Kriegsende bis Ende 1945 war er Unterstaatssekretär im Staatsamt für öffentliche Bauten, ehe er bis 1949 in die niederösterreichische Landesregierung zurückkehrte. Danach wirkte er bis zu seinem Tod 1965 als Vizepräsident der NEWAG und bis 1963 als Vizepräsident des niederösterreichischen Roten Kreuzes.

Neben all seinen politischen Funktionen war Schneidmadl auch publizistisch tätig. So war er Gründer der sozialdemokratischen „St. Pöltner Volkswacht“ im Jahre 1918. 1945 wurde er zum Chefredakteur der wiedererstandenen „Arbeiter-Zeitung“ berufen. Er hatte diese Position bis zur Rückkehr Oskar Pollaks aus dem Exil im September 1945 inne.

Schneidmadls bedeutende Rolle für die niederösterreichische Sozialdemokratie der Ersten Republik geriet im Laufe der Jahrzehnte allmählich in Vergessenheit. Bis heute bekannt ist Schneidmadl hingegen als „Lebensretter“ Adolf Hitlers bei einem Aufeinandertreffen von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten am 6. Oktober 1920 in den St. Pöltner Stadtsälen. Adolf Hitler war damals der Versammlungsredner der Nationalsozialisten. Laut zeitgenössischen Zeitungsberichten wurde die Veranstaltung von Sozialdemokraten unter der Führung von Heinrich Schneidmadl gesprengt. Schneidmadl beschreibt sich selbst in seinen Erinnerungen als Retter Hitlers vor seinen aufgebracht Genossen. „Ich umfasste daher Hitler, um ihn zu schützen.“⁹ Auch das nationalsozialistische Propagandawerk „Wie die Ostmark ihre Befreiung erlebte“ widmet diesem Ereignis einen Absatz.¹⁰ Vielfach tradiert wird auch die Anekdote, dass sich Adolf Hitler bei seinem kurzen Aufenthalt in St. Pölten beim „Anschluss“ 1938 seines „Retters“ dankbar erinnert und nach dessen Befinden erkundigt habe.¹¹ Dass Hitler Schneidmadl sogar vor einer Einweisung ins KZ bewahrt hätte, wie mitunter angedeutet wurde,¹² ist nicht belegt. Darüber hinaus ist fraglich, ob Schneidmadl überhaupt von KZ-Haft bedroht war, zumal er sich in einem Artikel in der „Wienerwald-Rundschau“ vom 10. April 1938 öffentlich und

⁸) StA St. Pölten, Heinrich SCHNEIDMADL, „Politik und Arbeiterbewegung in Österreich“, unveröffentlichtes Typoskript (Wien 1964) 18.

⁹) Heinrich SCHNEIDMADL, „In der ersten und zweiten Republik“, unveröffentlichtes Typoskript; zit. nach Manfred WIENINGER, „Als er in meinen Armen lag“, online: <https://web.archive.org/web/20051203042859/http://www.wienerzeitung.at/Desktopdefault.aspx?TabID=3946&Alias=wzo&lexikon=Nationalsozialismus&letter=N&cob=5478> (15.8.2017).

¹⁰) Wie die Ostmark ihre Befreiung erlebte. Hrsg. Heinrich HOFFMANN (Berlin 1940) 28 f.

¹¹) WIENINGER, Armen (wie Anm. 9).

¹²) WIENINGER, Armen (wie Anm. 9).



Abbildung 3: Heinrich Schneidmadl (Bildmitte mit dem Hut in der rechten Hand) neben Bürgermeister Hubert Schnoff beim St. Pöltner Flugtag 1928 (StA St. Pölten).

nachdrücklich als Befürworter des „Anschlusses“ an Nazi-Deutschland bekannt hatte.¹³

Zur Ausgangssituation 1933

Als die österreichischen Parlamentarier nach dem Rücktritt aller drei Parlamentspräsidenten am 4. März 1933 auseinandergehen, ohne dass die Sitzung formal beendet wurde, benützte die Regierung Dollfuß diesen in der Geschäftsordnung nicht vorgesehenen Zustand, um fortan mit dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz von 1917 per Verordnung zu regieren.

Der am 15. März vom Dritten Nationalratspräsidenten Dr. Straffner wieder einberufene Nationalrat konnte de facto nicht mehr tagen, da die christlichsozialen Abgeordneten nicht erschienen und eine Anzahl sozialdemokratischer und großdeutscher Abgeordneter von Kriminalbeamten am Betreten des Plenarsaals gehindert wurde. Dennoch gelang es Straffner, in einer Rede seinen Rücktritt zu widerrufen und die Sitzung zu beenden.

¹³) NASKO, Schneidmadl (wie Anm. 7) 48.

Zur politischen Situation in Niederösterreich

In Niederösterreich herrschte seit 1919 laut Verfassung ein Proporzsystem. Dies bedeutete, dass seit diesem Zeitpunkt unter anderem Mitglieder von sozialdemokratischer und christlichsozialer Partei gemeinsam auf der Regierungsbank saßen. Dies bedeutete, dass man einander persönlich kannte, und wenn man zwischen den Zeilen liest, vermeint man, eine gewisse Sympathie Schneidmadls für seine christlichsozialen Kollegen zu erkennen. Die Christlichsoziale Partei hatte bei der Landtagswahl vom 24. April 1932 ihre absolute Mandatsmehrheit verloren. Die Wahl des christlichsozialen Abgeordneten Karl Buresch zum Landeshauptmann war nur dank der Duldung der sozialdemokratischen Partei möglich. Die neu in den Landtag eingezogenen Nationalsozialisten verweigerten den Christlichsozialen hingegen jedwede politische Unterstützung.

Bereits am 14. März 1933, einen Tag vor Straffners Versuch, den Nationalrat wieder einzuberufen, brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten Oskar Helmer, Leopold Petznek, Schneidmadl und Franz Popp einen Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten zur Wiedererrichtung der verfassungsmäßigen Zustände auf Bundesebene im Niederösterreichischen Landtag ein.¹⁴

Zu diesem Zeitpunkt war Oskar Helmer Landeshauptmann-Stellvertreter, Franz Petznek Zweiter Präsident des Landtages, Heinrich Schneidmadl Landesrat, Franz Popp sozialdemokratischer Klubsekretär.¹⁵ Gemeinsam bildeten sie mit dem Landtagsabgeordneten Franz Dittelbach den Klubvorstand im Niederösterreichischen Landtagsklub.¹⁶

Der Antrag enthielt folgende Kernaussage: „Der Landtag fordert die unverzügliche Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes im Bunde. Er warnt eindringlich davor, formale Vorwände zu missbrauchen, um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Stellung des Nationalrates zu hindern.“

Oskar Helmer hielt eine Rede zum Dringlichkeitsantrag, die mit folgenden Worten in Richtung Christlichsoziale Partei schloss: „Die Diktatur würde letzten Endes auch Ihre Rechte zertrümmern. Wir warnen Sie also. Noch hat es die Bundesregierung in der Hand, den Weg zur Demokratie zurückzufinden. Es ist allerdings die letzte Stunde, aber wir erklären klar und eindeutig: Wir belasten alle diejenigen, die unsere Warnungen überhören, mit der Schuld an allem, was kommen wird. Wir werden uns wehren gegen den Versuch, uns rechtlos zu machen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln“.¹⁷

Der Antrag wurde mit Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen die Stimmen der christlichsozialen Abgeordneten mehrheitlich angenommen.

¹⁴) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 31.

¹⁵) Zu diesen Abgeordneten siehe Biographisches Handbuch des NÖ Landtages und der NÖ Landesregierung 1921–2000 = NÖ Schriften 128 (St. Pölten 2000) 61, 124, 129, 158.

¹⁶) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 31; zu Dittelbach siehe Handbuch (wie Anm. 15) 28 f.

¹⁷) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 32 f.

Trotz dieses Ergebnisses glaubte Schneidmadl bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges, dass eine Verständigung mit der Christlichsozialen Partei in Niederösterreich und daraus folgend auch mit Dollfuß möglich sei. Dies sah nicht nur Schneidmadl so, sondern darauf hofften auch die Spitzen der gesamt-österreichischen Sozialdemokratie. Mitte April 1933, sechs Wochen nach Ausschaltung des Parlaments, veranstaltete die SDAPÖ unter dem Titel einer Reichsparteikonferenz einen außerordentlichen Parteitag. Hier prallten die Meinungen der Delegierten heftig aufeinander. Die sogenannten Linken forderten sofortige Maßnahmen gegen die Regierung, um diese zum Einlenken zu zwingen, während die Parteiführung um Otto Bauer, Karl Renner und Robert Danneberg dagegen war. Letztlich setzte sich die Gruppe um Bauer durch, und die sogenannten Parteirechten (also die niederösterreichische Parteiführung) wurden mit Verhandlungen zur Überwindung der Parlamentskrise betraut. Diesem Verhandlungsteam gehörten neben Heinrich Schneidmadl Oskar Helmer, Franz Popp und Nationalrat Pius Schneeberger an. Der davon in Kenntnis gesetzte Bundeskanzler Dollfuß nominierte daraufhin als Vertreter der Regierungsseite den offiziell parteilosen Carl Karwinsky, welcher 1933 bis 1934 als Staatssekretär für die Angelegenheiten des Sicherheitswesens fungierte. Die von Schneidmadl geführten Verhandlungen hatten jedoch niemals offiziellen Charakter. Sie fanden hauptsächlich in der Wohnung Karwinskys statt. Selbiges galt übrigens für alle zwischen Regierung und Sozialdemokratie geführten Verhandlungen, deren Ziel es war, einen für beide Seiten akzeptablen Modus zu finden, um in irgendeiner Weise das Parlament wieder handlungsfähig werden zu lassen.¹⁸

Seitens der Sozialdemokratie appellierte man an das gemeinsame Interesse im Kampf gegen den in Österreich erstarkenden Nationalsozialismus. Nachdem Adolf Hitler am 30. Jänner 1933 zum deutschen Reichskanzler ernannt worden war, sahen auch die österreichischen Nazis ihre Stunde gekommen. Waren sie zuvor noch diskussionsbereit gewesen, in eine Regierung Dollfuß einzutreten, so wollten sie nun ganz nach deutschem Vorbild mittels Terror und Umsturz die ganze Macht an sich reißen. Ein Handgranatenattentat in Krems am 19. Juni 1933 nahm die Regierung zum Anlass, um die NSDAP in Österreich aufzulösen. Das bedeutete, dass alle Mandate der NSDAP auf Kommunal- und Landesebene erloschen.

Um ihre politische Pakttreue zu beweisen, verabschiedete die niederösterreichische SDAPÖ gemeinsam mit der Christlichsozialen Partei ein Landesverfassungsgesetz,¹⁹ das die Auflösung der NSDAP und das Verbot ihrer Tätigkeit beinhaltet.

So verloren acht nationalsozialistische Landtagsmandatäre (darunter ein Regierungsmitglied) neben allen anderen Vertretern in den niederösterreichischen Gemeinden ihre gewählte Funktion.

Schon zuvor hatte sich die sozialdemokratische Fraktion als willfährig gezeigt, als sie es durch ihr Wahlverhalten – die Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an der Wahl, sondern verließen den Saal – der Christlichsozialen Partei möglich gemacht

¹⁸⁾ StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 34–36.

¹⁹⁾ LGBl NÖ Nr. 137/1933, Landesverfassungsgesetz vom 23. Juni 1933 über das Erlöschen der Mandate der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung).

hatte, am 18. Mai 1933 Karl Buresch durch Josef Reither als Landeshauptmann zu ersetzen.²⁰

Dies alles geschah, obwohl die Regierung Dollfuß die Schlinge um die SDAPÖ immer enger zog und der Republikanische Schutzbund, das stärkste Machtmittel der Sozialdemokratie, bereits seit Ende März 1933 verboten war.

Dennoch gab es unzählige Verhandlungen, die, wie bereits erwähnt, niemals einen offiziellen Charakter erreichten. Die sozialdemokratischen Unterhändler versuchten mit allen jenen christlichsozialen Funktionären in Verbindung zu treten, die sie für „Demokraten“ hielten. Dollfuß beteiligte sich an den Verhandlungen in der Regel nicht. Eine Ausnahme bildeten jedoch die Vorgänge um den im Favoritner Arbeiterheim in Wien am 14. Oktober 1933 beginnenden Parteitag der SDAPÖ. Hier stand das Verbot des Parteitages oder zumindest polizeiliche Aufsicht im Raum, und Schneidmadl als Unterhändler der SDAPÖ bemühte sich fieberhaft, von der Regierung Konzessionen für die Abhaltung des Parteitages zu erhalten. Nachdem er zunächst von Dollfuß hingehalten worden war, fand sich der Bundeskanzler doch noch bereit, am Morgen des Parteitages selbst mit Schneidmadl zu sprechen.

In seinen Memoiren schildert Schneidmadl den Ablauf der Verhandlungen:

„Es mochte sechs Uhr früh gewesen sein, als mich ein Beamter der Staatspolizei weckte und mir mitteilte, daß mich der Kanzler in seiner Wohnung erwarte. Mit dem Auto, das schon vor dem Hotel wartete, brachte mich der Abgesandte in die Stallburggasse. In der Kanzlerwohnung wurde ich von Staatssekretär Karwinsky erwartet. Im nächsten Zimmer – die Tür war offen – lag Dollfuß im Bett, angetan mit einem gestreiften Pyjama und einem Umschlag auf dem Kopf. Er begrüßte mich, entschuldigte sich, daß er im Bett liegend mich empfangen, aber hätte gräßliche Kopfschmerzen. Deswegen habe er auch Staatssekretär Karwinsky hierher gebeten, damit ich mit diesem verhandle, er (der Kanzler) werde nur zuhören. Das Ergebnis der Besprechung war schließlich: Der Parteitag wird nicht überwacht, und es wird auch kein Regierungsvertreter entsendet. Es genügt, wenn dem Staatssekretär jeden Abend eine Abschrift der Verhandlungsprotokolle zugestellt wird. Allen Rednern auf dem Parteitag – sowohl den Referenten als auch den Debattenrednern – wird volle Redefreiheit zugesichert, eine polizeiliche Verfolgung findet nicht statt.“²¹

Die Reaktion der Parteiführung über das Verhandlungsergebnis wirft einen bezeichnenden Blick auf den noch vorhandenen Widerstandsgeist in der sozialdemokratischen Basis.

„Dr. Bauer begrüßte die Lösung besonders deswegen, weil es ihm wertvoll erschien, daß der Kanzler und der Staatssekretär durch die Protokolle über die

²⁰⁾ Hermann RIEPL, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich, Bd. 1: Der Landtag in der Ersten Republik (Wien 1972) 347.

²¹⁾ StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 47 f.

Debatte am Parteitag ein ungeschminktes Bild von der Erregung der breiten Massen erhalten.“²²

Allerdings hatten die breiten Massen umgekehrt keine Möglichkeit, sich über die Diskussionen auf dem Parteitag zu informieren, der weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Es war auch nicht möglich, ein gedrucktes Parteitagsprotokoll zu veröffentlichen, wie dies bei allen vorhergegangenen Parteitagen gehandhabt worden war. Als einziges Medium zur Verbreitung der Inhalte des Parteitages diente die unter Zensur stehende Arbeiterzeitung.²³

Trotz dieser schwierigen Umstände nahm eine Vielzahl von hochrangigen Vertretern der internationalen Sozialdemokratie am Parteitag teil, darunter Leon Blum aus Frankreich, Herbert Smith aus England und Emil Vanderfelde aus Belgien.²⁴ Die Annahme, dass gerade die angekündigte Teilnahme dieser Politiker Dollfuß bewog, den Parteitag nicht zu verbieten, ist nicht unplausibel. So konnte sich das österreichische Regime vor internationalem Publikum einen demokratischen Anstrich geben.

Der Parteitag selbst wurde zu einer Zerreißprobe für die österreichische Sozialdemokratie. Die sogenannten Parteilinken hatten sich bereits im Vorfeld organisiert und eine eigene Resolution verabschiedet, die sie beim Parteitag zur Abstimmung bringen wollten. Die Resolution beinhaltete eine Abrechnung mit der bisherigen zurückweichenden Politik der Parteiführung und rief zu offensiven Maßnahmen zur Wiederrichtung demokratischer Zustände in Österreich auf. Nach langen Diskussionen von Vertretern des linken Flügels um Ernst Fischer und dem Parteivorstand verzichtete man auf eine Kampfabstimmung und einigte sich auf einen gemeinsam erarbeiteten Kompromissvorschlag, der einstimmig angenommen wurde.²⁵

Dieser Kompromiss war in Wirklichkeit eine Niederlage der Parteilinken, und so setzte die Parteiführung ihre Politik des Verhandeln mittels Unterhändlern fort. Die bisherigen Unterhändler aus Niederösterreich, darunter Heinrich Schneidmadl, wurden weiterhin mit dieser Aufgabe betraut. In Folge des Parteitages wurde zudem Karl Renner vom Parteivorstand beauftragt, einen Verfassungsentwurf auf ständischer Grundlage zu erarbeiten. Dieser Entwurf sah eine Machtverschiebung vom Parlament hin zur Regierung und zu einem neu zu gründenden Staatsrat vor. Dem Bundespräsidenten wurden ebenfalls weitere Kompetenzen eingeräumt.²⁶ Doch Dollfuß wollte darüber nicht einmal mehr über Emissäre verhandeln und ließ das Schneidmadl über den Badener Bürgermeister Josef Kollmann am 14. November 1933 mitteilen.

²²) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 48.

²³) ANSON RABINBACH, Der Parteitag im Oktober 1933. Die innere Krise der österreichischen Sozialdemokratie und die Ursprünge des Februar 1934. In: Februar 1934. Ursachen – Fakten – Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien. Hrsg. Erich FRÖSCHL u. Helge ZOITL = Thema, Bd. 2 (Wien 1984) 341–366, hier 344.

²⁴) RABINBACH, Parteitag (wie Anm. 23) 349.

²⁵) RABINBACH, Parteitag (wie Anm. 23) 354.

²⁶) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 52.

Trotz der sich immer stärker zuspitzenden politischen Situation blieb die niederösterreichische Sozialdemokratie der Christlichsozialen Partei weiterhin ein treuer Regierungspartner. Der Budgetvoranschlag für 1934 erhielt auch die Stimmen der Sozialdemokraten.²⁷

Neben seinen Gesprächen unter vier Augen nützte Schneidmadl die politische Bühne des niederösterreichischen Landtages, um den Christlichsozialen Angebote zum gemeinsamen Kampf gegen die Nationalsozialisten zu machen. Noch am 31. Jänner 1934 legte er in einer Rede im niederösterreichischen Landtag die Positionen der Sozialdemokratie dar. Er warnte die Abgeordneten eingehend vor der Gefahr des Nationalsozialismus und vor der Gefahr der Heimwehren als politischen Partner, was geradewegs hin zum „Austrofascismus“ führen werde. Er führte unter anderem aus: „Schluß mit dem Streit um Weltanschauungen! Den tragen wir später aus. Schluß mit der Diskussion, wie später die Verfassung in Österreich ausschauen wird! Jetzt ist die gemeinsame Gefahr, daher herbei mit der gemeinsamen Gefront aller die dieser Gefahr begegnen und den drohenden Faschismus abwehren wollten“.²⁸

Das ständige Zurückweichen der Sozialdemokratie vor der immer stärker autoritär agierenden Staatsmacht argumentierte Schneidmadl im Landtag folgendermaßen:

„Seit zehn Monaten bemüht sich die sozialdemokratische Partei um eine friedliche und verfassungsmäßige Entwirrung der Krise, um dem Lande und der Arbeiterschaft eine blutige und zerstörerische Katastrophe zu ersparen.“ Dem setzt Schneidmadl jedoch die Ankündigung von Widerstand hinterher: „Aber sosehr wir uns auch für eine friedliche Entwirrung bemühen, wenn der Gegner sie nicht will und unserer Bewegung nur die Wahl zwischen Kampf oder schimpflichem Untergang übrigbleibt, dann gibt es Kampf! Ein Staatsstreich des Austrofascismus [sic] muß ebenso mit allen Mitteln abgewehrt werden wie ein Putsch des nationalen Faschismus. Welcher immer von beiden zuerst angreift, muß geschlagen werden.“²⁹

Die zur Veröffentlichung gedachte Rede erreichte die Welt außerhalb des Plenarsaals nicht mehr. Laut Schneidmadl wurde sie am nächsten Tag vor der Veröffentlichung in den Zeitungen konfisziert und daraufhin im Reichsparteisekretariat in der Rechten Wienzeile vervielfältigt.³⁰ Ehe sie aber noch an die Landesorganisationen und die Vertrauensmänner verschickt werden konnte, wurde die gesamte Auflage von der Polizei beschlagnahmt und weggeführt.³¹ Letzten Endes konnte die Rede doch noch erscheinen, wenn auch erst im Jahre 1946, und zwar unter dem Titel: „Grüner Weg in die braune Hölle: eine konfiszierte Landtagsrede: Die letzte Warnung vor der Katastrophe“.

²⁷) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 64.

²⁸) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 79.

²⁹) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 84 f.

³⁰) In diesem Gebäude befand sich neben der Redaktion der Arbeiter-Zeitung unter anderem auch die Druckerei „Vorwärts“.

³¹) StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 86.

Vom Ausbruch der Kampfhandlungen am 12. Februar 1934 wurde Schneidmadl wie die meisten sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre vollkommen überrascht. In der Früh fuhr er mit seinem christlichsozialen Kollegen Georg Prader gemeinsam zu seinem Arbeitsplatz, dem Landhaus in der Wiener Herrngasse.

Als er erfuhr, dass die Parteizentrale besetzt und es in Linz zu einer Schießerei gekommen sei, suchte er eine Unterredung mit dem niederösterreichischen Landeshauptmann Reither, was ihm in der Folge auch gelang. Danach wartete er mit anderen Genossen im Büro des sozialdemokratischen Landeshauptmann-Stellvertreters Helmer auf neue Nachrichten von Reither und Prader, die bei Bundespräsident Wilhelm Miklas und Kanzler Dollfuß intervenieren sollten, um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern. Um ein Uhr Nachmittag wurde den in Helmers Büro anwesenden Personen von einem Staatspolizisten mitgeteilt, dass sie das Haus nicht verlassen dürften. Tags darauf um ca. halb zwei Uhr nachmittags wurde Schneidmadl ins Polizeigefangenenhaus überführt. So endeten seine Verständigungsversuche.³²

Zusammenfassung

Nach der Ausschaltung des Parlaments Anfang März 1933 scheute die Parteiführung der Sozialdemokratie jedwede offensive Auseinandersetzung, um Dollfuß dazu zu bringen, das Parlament wieder einzusetzen. Weder mobilisierte sie den Republikanischen Schutzbund noch griff sie zum Mittel des Generalstreiks. Sie setzte ausschließlich auf inoffizielle Verhandlungen mit Vertretern der Christlichsozialen Partei. Mit dem Verbot des Schutzbundes am 31. März 1933 setzte eine Verhaftungswelle unter dessen Funktionären ein und zahlreiche Waffendepots wurden beschlagnahmt. Hatten schon die Ereignisse nach dem Justizpalastbrand im Jahr 1927 gezeigt, dass die Führung von Partei und Schutzbund nicht in der Lage oder willens war, den Schutzbund als Kampforganisation einzusetzen, so verlor er nun vollends seine ihm zuge dachte Rolle als Gegengewicht zur Exekutive und den rechten paramilitärischen Organisationen.

Das war die Stunde der sogenannten Parteirechten, allen voran der niederösterreichischen Parteispitze. Sie wurden von der Bundesparteiführung als Unterhändler bestimmt, da sie über gute Kontakte zu den christlichsozialen Spitzenpolitikern in Niederösterreich verfügten.

Schon nach der Reichskonferenz im April 1933 traten die Spitzenvertreter der niederösterreichischen SDAPÖ über die niederösterreichische Christlichsoziale Partei mit Dollfuß in inoffizielle Verhandlungen. Dadurch wurde die innerparteiliche Position der Parteirechten, darunter Karl Renner und Heinrich Schneidmadl, stark aufgewertet. Eine günstige Verhandlungsposition war gegeben, da, wie bereits erwähnt, die Christlichsoziale Partei bei der Landtagswahl vom 24. April 1932 die absolute Mandatsmehrheit eingebüßt hatte. Die Christlichsozialen konnten in Niederösterreich nur noch dank Duldung der SDAPÖ regieren. Ein weiterer Umstand,

³²⁾ StA St. Pölten, SCHNEIDMADL, Politik (wie Anm. 8) 88 f.

der das konsensuale Klima zwischen den Großparteien in Niederösterreich ein Stück weit erklärt, war, dass dank des in Niederösterreich verankerten Proporz seit Gründung der Republik Vertreter von CSPÖ und SDAPÖ gemeinsam auf der Regierungsbank saßen. Diesen Umstand wollte man sich nun zu Nutze machen, um durch jene Funktionäre in der Christlichsozialen Partei, die man für Befürworter einer parlamentarischen Demokratie hielt, mit Dollfuß in Verhandlungen zu treten.

Trotz dieser objektiv gesehen starken Position war das Verhalten der sozialdemokratischen Unterhändler eher mit dem von Bittstellern zu vergleichen.

Diese Situation führte zu einer wahren Zerreißprobe der Partei zwischen den „Kompromisslern“ der Parteiführung und jenen vorwiegend jungen und aktivistischen Mitgliedern, die dem Parteiverbot mit offensiven Kampfmaßnahmen gegen das autoritäre Regime zuvorkommen wollten. Der letzte Parteitag der SDAPÖ im Oktober 1933 brachte diese Differenzen offen zu Tage. Nur dank der rhetorischen Fähigkeiten Otto Bauers und mit bürokratischen Kniffen seitens der Parteiführung gelang es, die Spaltung zu verhindern.

Im Rückblick ist es offensichtlich, dass Dollfuß niemals daran dachte, den Nationalrat wieder einzuberufen. Ein formelles Verbot der Sozialdemokratie stellte für ihn persönlich zunächst kein vorrangiges Ziel dar; im Gegenteil: Von Tag zu Tag schwand ohnehin die politische Macht der SDAPÖ, da neben der organisatorischen Schwächung durch die Staatsorgane mittels Zensur der Parteimedien und des Verbots von Teilorganisationen die gesellschaftliche und ökonomische Basis zunehmend erodierte. Tausende Mitglieder und Funktionäre kehrten aus Enttäuschung über das kampflose Zurückweichen der Führung der Partei den Rücken. Im Gegensatz zur Christlichsozialen Partei und zur Heimwehr, die ständig in Verhandlungen mit den Nationalsozialisten standen und sich um eine Verständigung bemühten, verzichtete die Sozialdemokratie gänzlich darauf, mit Hilfe der Nationalsozialisten die Regierung Dollfuß unter Druck zu setzen. Mehr noch: In Niederösterreich stimmten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Christlichsozialen für die Annullierung der gewählten nationalsozialistischen Mandate.

Im niederösterreichischen Landtag verzichtete die Sozialdemokratie auf alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die Christlichsoziale Partei mittels ihres Abstimmungsverhaltens unter Druck zu setzen und so politische Zugeständnisse zu erreichen; auch hier war genau das Gegenteil der Fall: Man verhielt sich willfährig und hoffte so auf eine Einflussnahme von Buresch und später von Reither auf Dollfuß, was jene gegenüber Schneidmadl und seinen Genossen auch immer wieder signalisierten. Sie klammerten sich an die beschwichtigenden Aussagen der Landeshauptmänner von Niederösterreich wie ein Ertrinkender an einen vermeintlich rettenden Strohalm.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich das Ziel des politischen Kampfes der sozialdemokratischen Parteiführung von der Wiedererrichtung der Demokratie immer stärker hin zu einem reinen Überlebenskampf der Partei verschob. Das belegt auch der Verfassungsentwurf Renners, der zentrale Elemente der parlamentarischen Demokratie preisgibt. Die Strategie der Parteiführung, ein

gemeinsamer Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten werde Dollfuß davon überzeugen, die SDAPÖ „am Leben zu lassen“ und vielleicht sogar das Parlament wieder einzuberufen, erwies sich auch für Schneidmadl als fatale Fehleinschätzung. Statt gemeinsam mit der Christlichsozialen Partei der nationalsozialistischen Bedrohung zu trotzen, saß Schneidmadl nach dem 12. Februar 1934 gemeinsam mit den von ihm bekämpften Nazis in den Gefängnissen des Dollfuß-Regimes.

Schneidmadl überschätzte den „demokratischen Charakter“ seiner niederösterreichischen Verhandlungspartner in der Christlichsozialen Partei. Er glaubte und hoffte bis zuletzt, dass sich diese „demokratischen Kräfte“ den Forderungen der Heimwehr nach einem autoritären Staat verschließen würden. Er täuschte sich. Reither blieb bis zum „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland als Mitglied der Vaterländischen Front Landeshauptmann von Niederösterreich wie auch Josef Kollmann Bürgermeister von Baden. Bemerkenswert ist, dass es trotz der Konsenspolitik, die Schneidmadl verfolgte, in seiner Heimatgemeinde St. Pölten während der Februar-Kämpfe 1934 zu den heftigsten militärischen Auseinandersetzungen in ganz Niederösterreich kam.